

## ROTE SEITEN – KOMPAKT

KURZNEWSLETTER DER SPD-BEZIRKSFRAKTION

FEBRUAR 2019

Liebe Leserinnen, lieber Leser,

im Rahmen der Februar-Sitzung der Bezirksversammlung Altona haben wir wieder zahlreiche Anträge eingebracht, die auf den Ergebnissen unseres, im Jahr 2018 durchgeführten, Stadtchecks basieren. So setzen wir uns zum Beispiel dafür ein, Carsharing-Angebote auch vermehrt in die westlichen Stadtteile Altonas zu bringen. Wir erhoffen uns so die Verkehrssituation in Lurup, Osdorf und den Elbvororten zu entlasten. Weiterhin haben wir die Idee aufgebracht, entlang der Veloroute 1, ein Netz von Fahrradservice- und Reparaturstationen zu schaffen, damit Radfahre-

rinnen und Radfahrer schnell ihr Rad aufpumpen oder kleinerer Reparaturen durchführen können. Des Weiteren haben wir einen Antrag eingebracht, das 8-Euro Wohnungsbaukonzept auf den Entwicklungsflächen des Altonaer A7-Deckels, neben herkömmlichen Wohnungsbauformen, zu nutzen. So wollen wir hier verstärkt bezahlbaren Wohnraum schaffen. Außerdem setzen wir uns für ein kostenfreies Schulwegticket für alle Schülerinnen und Schüler ein.

Mehr zu den oben genannten Anträgen ist in unserem Newsletter zu finden. Viel Spaß beim Lesen.



**Thomas Adrian**  
FRAKTIONS-VORSITZENDER

### Beschluss der Bezirksversammlung am 28. Februar 2019 (Drs.-Nr. 20-5655) **Carsharing in den westlichen Stadtteilen Altonas fördern!**

**U**nser Fraktion setzt sich gemeinsam mit der Fraktion die GRÜNEN dafür ein, den Ausbau des stationsgebundenen Carsharing, im Rahmen von Pilotprojekten, in den höher verdichteten westlichen Stadtteilen des Bezirks Altona, vorzugsweise in Lurup und Osdorf sowie in den Elbvororten zu fördern.

Wir wollen gezielt Carsharing-Angebote nach Lurup, Osdorf sowie in die Elbvororte bringen! Schon seit etlichen Jahren bietet das Carsharing in unterschiedlichen Varianten eine sinnvolle Alternative zum Besitz eines privaten PKW. Allerdings sind die Möglichkeiten vielfach begrenzt auf Angebote im zentralen innerstädtischen Bereich bzw. auf das Abstellen und Anmieten der Fahrzeuge auf bzw. von privaten Flächen. Die Entlastungswirkungen auf den Verkehr sind daher immer noch überschaubar. Das wollen wir ändern.

Die Stoßrichtung des gemeinsamen Antrages sieht vor, den Ausbau des stationsgebundenen Carsharing im Rahmen von Pilotprojekten in den höher verdichteten westlichen Stadtteilen des Bezirks Altona zu fördern. Hierzu sind Gespräche mit Wohnungsbaugenossenschaften, großen Vermietern sowie



Eine Station des Carsharing-Anbieters Cambio in Saarbrücken. Wir setzen uns dafür ein, Carsharing-Stationen vermehrt auch im Westen Altonas zu schaffen!

den Betreibern von Parkhäusern zu führen, um auf Privatflächen Stellplätze zu schaffen. Daneben ist die Bereitstellung von Flächen im öffentlichen Straßenraum mittels Sondernutzungsgenehmigungen vorzusehen.

Weiterhin fordert der Antrag die zuständigen Fachbehörden auf, die bisherigen Regelungen Hamburgs zur Förderung des Carsharings einer kritischen Prüfung zu unterziehen und den Weg frei zu machen für die Ausweisung privilegierter Abstellmöglichkeiten von stationsgebundenen Carsharing-Fahrzeugen im öffentlichen Straßenraum. In einem ersten Schritt soll dabei das Switchh-Projekt zügig auf weitere Stadtteile und

weitere Anbieter ausgedehnt werden. Weiterhin soll geprüft werden, ob durch die Schaffung eines Landesgesetzes ein besserer und schnellerer Ausbau des stationsgebundenen Carsharings erreicht werden kann.

Nach einer Studie des Bundesverbands Carsharing aus dem November 2018 sind es insbesondere die stationsgebundenen Varianten bzw. das Ausweisen gesonderter Parkplätze im öffentlichen Raum, welche geeignet wären, den Privatbesitz von PKW zu reduzieren. Carsharing ist in dieser Form ein wichtiges Instrument zur Entlastung des Straßenraums, das wir politisch fördern und unterstützen wollen.

**Beschluss der Bezirksversammlung am 28. Februar 2019 (Drs.-Nr. 20-5651)**

## **Fahrradservice- und Reparaturstationen für Altona**

**Wir wollen die Nutzung von Fahrrädern attraktiver machen. Deshalb soll jetzt an zentralen Punkten entlang der Veloroute 1 ein Netz von Fahrradservice- und Reparaturstationen entstehen. Ein entsprechender Antrag von uns wurde im Rahmen der Bezirksversammlung am 28. Februar beschlossen.**

Fast jede RadfahrerIn und jeder Radfahrer kennt die Situation, ein platter oder schlecht aufgepumpter Reifen, keine Luftpumpe und kein Werkzeug dabei und keine Abhilfe in Sicht. Das wollen wir ändern, deshalb wollen wir, als Pilotprojekt, an zentralen Punkten entlang der Veloroute 1 ein Netz von einfachen

Fahrradservice- und Reparaturstationen aufbauen. Dieses Angebot ist als Serviceleistung an alle Radfahrerinnen und Radfahrer gedacht, um den Ausbau der Fahrradstadt Hamburg weiter voranzutreiben und die Attraktivität des Fahrrads als Verkehrsmittel zu steigern.

Der Bezirk Altona kann mit der Durchführung eines solchen Pilotprojektes eine hamburgweite Vorreiterrolle einnehmen. Bisher betreiben nur die Bezirksämter Hamburg-Mitte und Eimsbüttel mehrere öffentliche Luftpumpen, hinzu kommen einige wenige öffentliche Luftpumpen, die in Kombination mit öffentlichen Toiletten von

der Stadtreinigung Hamburg eingerichtet wurden. Weiterhin sollen mittelfristig an allen Hamburger Fernbahnhöfen Fahrradstationen mit bewachtem Fahrradparken und Serviceleistungen entstehen.

Vom Aufbau eines solchen Netzes von Fahrradservice- und Reparaturstationen, entlang der Veloroute 1, erhoffen wir uns wichtige Erkenntnisse darüber, wie stark dieses Angebot genutzt wird und ob es Sinn machen kann, solche Stationen flächendeckend in ganz Altona oder möglicherweise sogar hamburgweit einzuführen.

**Beschluss der Bezirksversammlung am 28. Februar 2019 (Drs.-Nr. 20-5653)**

## **8-Euro Wohnungsbau am Rande des Altonaer A7-Deckels**

**Wir sprechen uns dafür aus auf den Entwicklungsflächen am Rande des Altonaer Deckels über die BAB 7, neben den herkömmlichen Wohnungsbauformen, auch das 8-Euro Wohnungsbaukonzept zu realisieren. Ein entsprechender Antrag wurde im Rahmen der Februar-Sitzung der Bezirksversammlung Altona beschlossen.**

Bezahlbarer Wohnraum ist im Bezirk Altona ein knappes Gut. Neben den bekannten Förderwegen schafft das Konzept des 8-Euro Wohnungsbaus hier eine Alternative diesen Mangel abzumildern. Mit diesem Segment sollen Mieterinnen und Mieter erreicht werden, die auf dem freien Wohnungsmarkt kei-

ne bezahlbare Wohnung finden. Ohne öffentliche Förderung werden so – zumindest für einen gewissen Zeitraum – bezahlbare Mieten garantiert. 8-Euro Wohnungsbau basiert auf der Idee, dass die Freie und Hansestadt Hamburg sich bereit erklärt, Grundstücke günstig zu vergeben, wenn sich Investoren bereit erklären, dass sie entstehenden Wohnraum später für 8 €/qm Netto-Kaltniete vermieten. Das Konzept setzt dabei auf attraktiven, nachhaltigen und langlebigen Wohnungsbau.

Altona muss sich verstärkt mit dem Thema 8-Euro Wohnungen beschäftigen. Am Rande des Altonaer Deckels über die BAB 7 entstehen Entwicklungsflä-

chen für Wohnungsbau. Diese Flächen bieten – neben den bisherigen Wohnungsbaukonzepten – eine zusätzliche Möglichkeit, mit 8-Euro Wohnungsbau, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Durch den Antrag sind nun die zuständigen Fachbehörden gebeten, auf den Vorbehalts- und Entwicklungsflächen am Rande des Altonaer Deckels über die BAB 7, auch das 8-Euro Wohnungsbaukonzept zu realisieren. Weiterhin soll das Bezirksamt Altona im Rahmen der Erarbeitung der Bebauungspläne auf den Entwicklungsflächen, die Realisierung des 8-Euro Wohnungsbaukonzeptes, neben den anderen Wohnformen, einzufordern

**Beschluss der Bezirksversammlung am 28. Februar 2019 (Drs.-Nr. 20-5654)**

## **Ein kostenfreies Schulwegticket für alle Schülerinnen und Schüler**

**Wir fordern die hamburgweite Einführung eines kostenfreien Schulwegtickets. Ein entsprechender Prüfauftrag an die zuständigen Fachbehörden wurde nun durch die Bezirksversammlung Altona beschlossen.**

Der Schulbesuch in Hamburg soll und darf nichts kosten. Dazu gehört, dass Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit haben sollen, ohne Kosten mit dem Öffentlichen Personen- und Nahverkehr (ÖPNV) zu ihrer Schule zu gelangen. Weiterhin dürfen mögliche

ÖPNV-Kosten bei der Wahl einer passenden Schule keine Rolle spielen. Ein Gesichtspunkt, der gerade aufgrund der unterschiedlichen Profile der weiterführenden Schulen beachtet werden muss. Ein kostenfreies Schulwegticket ist bundesweit in mehreren Kommunen bereits umgesetzt bzw. eingeführt worden, vielfach auf Initiative der SPD-Fraktionen in den jeweiligen Räten.

Unser Vorschlag ist, dass sich ein Schulwegticket allein auf den direkten Schulweg zwischen Wohnort des Kindes und der Schule beschränkt und keine weite-

ren freien Fahrten beinhaltet. Insoweit sind die Kosten unter den Gesichtspunkten der Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit vertretbar. Die Umsetzung wäre unkompliziert über die Schulsekretariate möglich.

Entsprechend des Beschlusses sind nun die zuständigen Fachbehörden aufgefordert, ein Konzept für die hamburgweite Einführung eines kostenfreien Schulwegtickets zu erarbeiten. Hierbei sollen insbesondere die Punkte der Finanzierbarkeit und einer zeitnahen Realisierung dargelegt und geprüft werden.